

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920**

195 (20.7.1920) Erstes und Zweites Blatt

Wesenspreis:  
in Paris für ein Jahr 5,50 M.,  
abwärts monatlich 5,50 M.,  
an den Ausgabestellen ab-  
geholt monatlich 5,10 M.,  
inwärts durch unsere  
Agenturen bezogen 5,50 M.,  
monatlich 5,50 M.,  
abgeholt monatlich 5,30 M.,  
vierteljährlich 15,90 M., durch  
den Briefträger frei in  
Haus gebracht monatlich  
5,85 M., vierteljährlich 16,95 M.

# Karlsruher Tagblatt

Die Pögel, Pögelzeile  
oder deren Raum 1,50 M.,  
1,40 M., dannwärts 1,80 M.,  
Nettoseite 5.— M., an  
erster Stelle 5,50 M.,  
Abdruck nach Tarif,  
Anzeigen-Entnahme  
bis 12 Uhr mittags,  
kleinere Anzeigen halbiert  
bis 4 Uhr nachmittags.

**Badische Morgenzeitung** Mit der Wochenschrift **„Die Pyramide“** **Badische Morgenpost**

Gesellschaft: Hermann v. Jacz. Verantwortlich für Politik: Martin Dolinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für Heilkunde: Karl Jobo und Hermann Weid; für Literatur: L. W. Heine. Druck und Verlag: C. F. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Preachtrasse 66/68. Teleph.-Num. 171. Umland 2902. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

117. Jahrg. Nr. 195. **Dienstag, den 20. Juli 1920** Erstes Blatt

## Die Heereskammer.

(Von unserem militärischen Mitarbeiter.)

Das Streben aller Berufe, der Kopf- wie der Handarbeiter, nach straffen Zusammenhalt zum Zwecke der unmittelbaren Mitarbeit an den sie berührenden Lebensfragen hatte auch in der Wehrmacht im Laufe des Jahres 1919 nach und nach das Verlangen nach Mitbestimmung über ihre Geschicke und nach einer verständlichen Vertretung erwachen lassen. Schon frühzeitig hatte das Reichswehrministerium erkannt, daß es bei den ersten Regungen der Wehrmacht nicht teilnahmslos bleiben dürfte. Man konnte nicht trauernd am Allhergebrachten kleben, mußte sich auf den Boden der Tatsachen stellen, der veränderten Lage und den Erfordernissen einer neuen Zeit Rechnung tragen und mußte der Wehrmacht geben, was ihr not tat.

Im Reichswehrministerium sollte die gesetzliche Grundlage zur Bildung einer berufsständischen Vertretung der Heeres- und Marinekammer geschaffen werden. Die durch die Märzereignisse und die Neuwahl der Volksvertretung bedingte Verzögerung in der Verabschiedung des Reichswehrgesetzes hat auch die Bildung der Kammer hinausgeschoben. Die Notwendigkeit einer berufsständischen Vertretung führte nun zur Schaffung einer vorläufigen Einrichtung für das Ubergangsheer im Verordnungswege. Durch Verordnung am 3. Juni 1920 ist die Bildung einer vorläufigen Heereskammer und einer vorläufigen Marinekammer bestimmt worden; am gleichen Tage sind die Ausführungsbestimmungen erlassen worden.

Mit der Schaffung einer Ständevertretung begibt sich das Heer in unerforschten Gebiet. Das Deutsche Reich marschiert hier an der Spitze aller Länder der Erde. Erfahrungen liegen also weder daheim noch in der Fremde vor. Die Bedürfnisse des Heeres sind anderer Art als die der übrigen Berufe; ein anderer Maßstab ist anzulegen. Es liegt auf der Hand, daß die Bestimmungen sich erst bewähren müssen, daß sie Mängel und Nachteile in sich bergen und daß sie sich als ergänzungs-, abänderungs- und verbesserungsbedürftig erweisen können. Erfahrungen müssen abgewartet werden; sie werden bei der Ausarbeitung der Bestimmungen für die endgültigen Kammer zu verwerfen sein. Insofern ist die Bildung der vorläufigen Kammer als ein Vorteil anzusehen; auf Grund der Erfahrungen, die sich aus ihrer Tätigkeit ergeben, wird vollwertiges sich schaffen lassen.

Die vorläufigen Kammer sollen als beratende und beratende Körperlichkeiten den Chef der Heeresleitung und der Admiralität unterstützen und bei Lebensfragen der gesamten Wehrmacht vereint den Reichswehrminister zur Seite gehen. Ihre Tätigkeit soll sich erstrecken auf die Mitwirkung bei der Bearbeitung von Gesetzesvorlagen, die sich auf die Wehrmacht beziehen, und auf die Beantwortung von Wünschen und Anregungen der Wehrmacht grundsätzlicher Art. Während also die Zentralstelle das Heer zur Mitarbeit heranzieht, soll daneben das Heer die Zentralstelle befruchtend anregen. Im Laufe der Beratungen ergaben sich zwanglos weitere Vorteile der Arbeit der Heereskammer für Heer und Reichswehrministerium. Die Mitarbeit der Kammer an Gesetzesvorlagen stärkt die Stellung des Chefs der Heeresleitung und des Reichswehrministers vor der Öffentlichkeit und erleichtert ihnen die Vertretung von Gesetzesvorlagen, die nun nicht mehr als eine reine Arbeit des Ministeriums, sondern als eine Willensbekundung des Heeres erscheinen. Zugleich aber wird durch dieses Zusammenarbeiten das Band des Vertrauens zwischen Heer und Reichswehrministerium gestärkt.

Das seit dem Jahr 1919 eingebürgerte, als disziplinär und unmitelbar zu verurteilende Verfahren, Abordnungen der Truppe oder einzelne Angehörige des Heeres zum Reichswehrministerium zu entsenden, um Anregungen, Wünsche, auch Forderungen zu überbringen, wird in Zukunft forsfallen. Das wird im Interesse des Heeres sein, denn die fast täglich erscheinenden Abordnungen irren vielfach in Berlin umher, bis sie nach langem Suchen endlich die zur Bearbeitung zuständige Stelle finden, die ihnen im allgemeinen auch nichts mehr als die Prüfung ihrer Angelegenheit zu sagen kann. Das schafft von Haus aus Verärgerung und Verbitterung. Die wird nun unterbleiben. Denn in der Heereskammer hat die Truppe das Sprachrohr, durch das sie zur Zentralstelle spricht, um die Erfüllung ihrer Wünsche und die Befolgung ihrer Vorschläge und Anregungen verwirklicht zu sehen. Diese Tätigkeit der Kammer wird es auch unnötig machen, daß die Truppe sich in militärischen Angelegenheiten der Vermittlung der privaten Organisationen des Deutschen Offiziersbundes und des Reichswirtschaftsverbandes deutscher Berufsbeamten bedient und so mit ihren eigenen Aufgaben, der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Ausgeschiedenen, auszuführen.

Die Heereskammer muß vom Vertrauen des Heeres und des Reichswehrministeriums getragen werden. Deshalb hat man sich dafür entschieden, sie durch Wahlen bilden zu lassen, bei denen jeder Wahlberechtigte seine Stimme dem im Wahlvorschlag bezeichneten, zu dem er das meiste Vertrauen hat, gibt. Die Berufsvereinerung der aktiven Offiziere im Deutschen Offizierbund und der Reichswirtschaftsverband deutscher Berufsbeamten haben sich gegen die Wahl ausgesprochen und das Präsentationsrecht gefordert. Sie begründen ihren Vorschlag damit, daß das Heer entpolitisiert werden müsse, durch die Wahlen aber der Wahlkampf in das Heer getragen und sein inneres Gefüge erschütter

würde. Man hat dabei übersehen, daß es sich nicht um politische Wahlen, sondern um Wahlen für eine Landesvertretung handelt. Deshalb wird auch ein Wahlkampf kaum in Frage kommen. Eine Wahlagitator in gewissem Grade wird freilich nicht ausbleiben, aber auch nicht schaden. Ausschlaggebend zugunsten der Wahl war schließlich, daß bei der Präsentation eine starke Minderheit ohne Vertretung geblieben wäre, da mehr als ein Viertel der Offiziere des Ubergangsheeres der Berufsvereinerung nicht angehören. Auch im Reichswirtschaftsverband deutscher Berufsbeamten steht ein großer Teil der Unteroffiziere außerhalb der Organisation. Nach dem Vorschlag des Deutschen Offizierbun-

des sollen die Mannschaftsmitglieder ausgelost werden. Die Vertretung der Mannschaften sollte dem Zufall überlassen werden, während der Deutsche Offizierbund und der Reichswirtschaftsverband deutscher Berufsbeamten ihre Mitglieder nach Belieben hätten auswählen können. Das war ein unangenehmer Weg. Zu einer Kammer, die sich auf Grund von Präsentationsrecht und Auslosung zusammengesetzt hätte, während eine sehr starke Minderheit unberücksichtigt geblieben wäre, hätte die Truppe kein Vertrauen gehabt. Sie hätte auch nicht den Stimmungen und Auffassungen dieser Zeit entsprochen. So erschien als der einzige gerade Weg, der den Bedürfnissen des ganzen Heeres entsprach, die Zusammenfassung der Kammer auf Grund von Wahlen. Das technisch schwierige Verfahren, in dem kleinen über das ganze Reich zerstreuten Heere einheitlich zu wählen, ist bei der Wahl der Unteroffiziere und Mannschaften dadurch erleichtert und vereinfacht worden, daß sie von den Vertrauensleuten gewählt werden. Die indirekte Wahl erscheint hier nicht als ein Mangel, sondern als ein Vorteil. Denn die Vertrauensleute sind bereits von allen Unteroffizieren und Mannschaften gewählt und genießen, wie ihr Name sagt, das Vertrauen ihrer Wähler.

## Dr. Simons über Spaa.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Berlin, 19. Juli. Der Minister des Auswärtigen, Dr. Simons, sprach sich dem Vertreter des „Achtuhr-Abendblattes“ gegenüber über die Konferenz von Spaa aus. Auf die Frage nach der Möglichkeit, die Bedingungen in der Entwaffnungs- und der Kohlenfrage zu erfüllen, antwortete der Minister etwa: „Die Durchführung dieser Bedingungen halte ich physikalisch nicht für unmöglich, aber jedenfalls für kolossal schwer. Ich hätte die Bedingungen, so sagte der Minister, nicht angenommen, wenn ich nicht in der Haltung der Sachverständigen gewisse Schwankungen bemerkt hätte, die meine ursprüngliche Stellungnahme, besonders in der Kohlenfrage, erschütterten. Was die Entwaffnung betrifft, so ist es eher möglich, eine solche innerhalb 6 Monaten durchzuführen, als in drei Tagen.“

In der Kohlenlieferung fragt es sich vor allem, wie weit neue Möglichkeiten vorhanden sind und ausgenutzt werden können, um die Kohlenlieferung zu verfrachten. Es wird vielleicht nach dieser Richtung hin noch manches zu ermöglichen sein. Auch die Erklärung Lloyd Georges in bezug auf die Verteilung der oberirdischen Kohle hat mitgewirkt, mit schwerem Herzen zur Unterzeichnung zu veranlassen. Freilich steht das Abkommen voraus, daß alle Kräfte, die dazu in Betracht kämen, eben zur tatkräftigen Mitarbeit sich bereit finden. Wir haben den Fehler begangen, den Friedensvertrag zu unterschreiben in der irrigen Annahme, der Traktat würde von seinen Urhebern selbst nicht ernst genommen werden. Das war ein Irrtum. Der Friedensvertrag wird fürchtbar ernst genommen, und damit werden wir zu rechnen haben.“

Auf die Frage, ob der Minister nicht der Ansicht sei, daß jetzt in dieser kritischen Zeit, in der alles vom guten Willen der Arbeiter abhängt, die Mehrheitssozialisten sich zur positiven Mitarbeit bereit erklären und in die Regierung eintraten, antwortete Dr. Simons, daß diese Frage eigentlich nicht zu seinem Ressort gehöre, er dürfe aber doch sagen, daß er auf die Dauer ein Fernbleiben der Mehrheitssozialisten von der Regierung als eine Fälligkeit der öffentlichen Zustände Deutschlands betrachten würde. Zum Schluß fragte der Berichterstatter, ob an eine wirkliche Völkerveröhnung in absehbarer Zeit geglaubt würde und ob er die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund nach den Spaer Einträgen für wahrscheinlich halte.

Minister Dr. Simons entgegnete: „Der Haß brennt noch zu tief, und die Wunden sind noch zu frisch, als daß ich eine solche Völkerveröhnung in absehbarer Zeit als wahrscheinlich ansehen kann. Aber ich halte es für die Pflicht eines jeden Staatsmannes, gleichviel ob die Chancen groß oder gering sein mögen, auf dieses Ziel hinzuwirken.“

## Sitzung des Reichskabinetts.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 19. Juli. (Amstich.) Das Reichskabinett nahm heute nachmittags in Gegenwart des Reichspräsidenten die Berichte des Ministers des Auswärtigen, des Reichswirtschaftsministers und des Reichsfinanzministers über die auf die wirtschaftlichen Fragen bezüglichen Beschlüsse von Spaa entgegen. In diese Berichte schloß eine mehrstündige eingehende Aussprache.

## Der unzufriedene Herr Poincaré.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 19. Juli. Am „Matin“ schreibt der ehemalige Präsident der Republik Poincaré, die Deutschen zu kontradiktorischen Verhandlungen über die Ausführung des Friedensvertrages einzuladen, konnte doch nur bedeuten, daß man ihnen zu verstehen geben wollte, daß man geneigt sei, den Vertrag nicht vollkommen auszuführen und daß man ihn zu ihren Gunsten abändern wollte. Das mußte sie natürlich in ihrer Arroganz und in ihren Forderungen ermutigen. Poincaré hofft, daß einige der alliierten Vertreter keine verlorene Aktion erhalten haben, vielleicht seien sie jetzt über die wirkliche Verfassung der deutschen Regierung unterrichtet, vielleicht hätten sie verstanden, daß die Sprache, deren man sich bedienen muß, um mit Deutschland zu reden, die Sprache der Festigkeit und der Gewalt sei.

## Italiens veröhnliche Haltung.

(Eigener Drahtbericht.)

Rom, 19. Juli. (E. P.) Der amtliche italienische Bericht über die Ergebnisse der Konferenz von Spaa hebt hervor, daß Graf Sforza und Bertolini entsprechend dem Willen des Landes sich stets für die Veröhnung bemühten. Sie suchten die Ausführungen des Friedensvertrages in den Grenzen des Möglichen zu erreichen, um eine allgemeine Zusammenarbeit zur Heilung der Kriegsschäden herbeizuführen. Obwohl dies zuweilen zu mißlingen drohte, hat es doch zuletzt zu einem Erfolge geführt. Für die im August in Genf zusammengetretene Konferenz für die eigentliche Entschädigungsfrage läßt die Stimmung der Alliierten und der Deutschen nach italienischer Ansicht erprieckliche Ergebnisse erwarten. Es kann mit Sicherheit behauptet werden, daß ohne die Mitwirkung der italienischen Delegierten nicht so viel erreicht worden wäre.

## Verzögerung der Internationalen Finanzkonferenz.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 19. Juli. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat an die Regierungen, die dem Völkerbunde beigetreten sind, eine Note gerichtet, in der er von der Verzögerung der Internationalen Finanzkonferenz in Brüssel auf Ende September Mitteilung macht. Dieses Dokument lautet: Der Generalsekretär des Völkerbundes hatte die Ehre, Ihrer Regierung am 25. Juni zur Kenntnis zu bringen, daß die Internationale Finanzkonferenz ihre erste Sitzung am 28. Juli in Brüssel abhalten werde, um die finanzielle Krise zu prüfen und die Mittel zur Vermeidung der Währungsverfallung ihrer gefährlichen Folgen zu suchen. Er teilte gleichzeitig die Kopie des von Herrn Leon Bourgeois im Auftrag des Rates des Völkerbundes an den Präsidenten des Obersten Rates gerichteten Briefes mit.

In diesem Briefe wies Herr Bourgeois darauf hin, daß es notwendig sei, vor dem Zusammentritt der Konferenz, sowohl von der Wiedergutmachungskommission, als auch von den alliierten Regierungen die Mitteilung der von ihnen gefassten Beschlüsse bezüglich der deutschen Entschädigung sowie ihrer Zahlungsmodalitäten zu erhalten, da die Verhandlungen zur wirtschaftlichen und finanziellen Wiederherstellung der Welt nicht geführt werden können, wenn nicht vorher die Verpflichtungen Deutschlands und seiner Verbündeten und die finanzielle Lage der mitteleuropäischen Länder klar und deutlich festgelegt worden sind.

Nun hat der Präsident des Obersten Rates, Herr Delacroix, am 16. Juli von Spaa aus an den Präsidenten des Völkerbundes folgendes Telegramm gerichtet: Bezugnehmend auf die in London im Monat Februar gefassten Beschlüsse, wonach der Rat des Völkerbundes die Finanzkonferenz einberufen sollte, bittet die Konferenz von Spaa, da sie leider nicht alle Elemente besitzt, um die Finanzkonferenz einberufen zu können, den Völkerbund, die Einberufung der Internationalen Finanzkonferenz auf einen Zeitpunkt nach dem 15. September zu verschieben. Die Finanzkonferenz von Spaa ist der Ansicht, daß einerseits die Bedingungen, unter denen die Finanzkonferenz von Brüssel zu beraten berufen ist, noch nicht verwirklicht sind, und andererseits hat der Oberste Rat eine Internationale Konferenz für demnächst nach Genf einberufen, in der die Frage der deutschen Entschädigungen geprüft werden soll.

Nach dem Wortlaut des Telegramms des Herrn Delacroix selbst verpflichtet sich die Konferenz dem Rat des Völkerbundes gegenüber, daß die Finanzkonferenz in nächster und erspriecklicher Weise beraten könne. Unter diesen Umständen spricht der Generalsekretär des Völkerbundes Ihrer Regierung sein Bedauern darüber aus, genötigt zu sein, Sie zu bitten, die Entsendung Ihrer Delegierten nach Brüssel zu unterlassen. Das endgültige Datum der Zusammenkunft wird von dem Rat des Völkerbundes in einer Sitzung, die am 30. Juli in San Sebastian abgehalten wird, festgelegt werden.

Paris, 19. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Internationale Finanzkonferenz wird am 25. September in Brüssel zusammengetreten und dieses Datum wird festgehalten werden, auch wenn die Alliierten sich dahin das Problem der Entschädigungen nicht gelöst haben sollten, da eine Festlegung der internationalen Finanzwelt als eine dringende Notwendigkeit betrachtet wird.

## Die Auseinandersetzung.

ar. Berlin, 19. Juli.

Die innerpolitische Auseinandersetzung über Spaa hat begonnen. Werden einige Minister zurücktreten? Wird das ganze unter unsäglichen Mühen in die Welt gefasste Kabinett wieder zusammenzuführen, nachdem es auf der Konferenz seine traurige Schuldigkeit getan hat? Man weiß es noch nicht. Man weiß nur, daß die heimliche Aussprache durch die Berliner Flagenangelegenheit sehr schwierig ist. Schon schien ja alles erledigt. Die Behörden haben wegen des Streikes dieses dummen Jungen Arzminski Entschuldigungen losgelassen, die für das deutsche Gefühl wahrlich demütigend genug sind. Eine Reichswehrkompanie hat ihre Ehrenbegehung gemacht. Der Ehre der französischen Vorkämpfer, die am Tage der schärfsten Spannung in Spaa ihre Fahne hinausgehängt hatte, war Genüge geschehen. Da entdeckte die Franzosen noch ein Haar in der Suppe. Die Reichswehrsoldaten haben beim Abmarsch von der Vorkämpfer geungen. Kein Trübsal. Nicht die Recht am Rhein, sondern das milde, von den Feinden nicht mißverständene „Deutschland über alles“. Sie fanden es wohl, um nach der harten Probe wieder ins Gleichgewicht zu kommen. Sie fanden es nicht vor der Vorkämpfer, sondern als sie schon beinahe um die Ecke unter den Linden waren. Einer hatte es angeht und alle jungen mit. Der Offizier, der die Schmelzkompanie befehligte, hatte das Pied nicht befohlen. Tut nichts, er soll bestraft werden. Frankreich verlangt es. Wird er nun bestraft, so steigt unbeschbar die Erregung in den weitesten deutschen Volkskreisen, und davon wird die Aussprache über Spaa natürlich sehr ungünstig beeinflusst. Wird er nicht bestraft, so werden die Sieger sagen: Da habt ihr die Stimmesleute! Lloyd George hat ja in Spaa zu seinen Präkandidaten erklärt, die Einwohnermehrheit, das seien die Stimmesleute. Von der Reichswehr wird er es erst recht behaupten. Mit solchen Ansichten ist in Spaa regiert und das Schicksal Deutschlands für die nächsten drei Monate bestimmt worden!

Das schlimmste aber ist, daß die Ententeorgane infolge der Uebermacht der alliierten Presse wie eine Anklage auch in Deutschland wirken. Es gibt jetzt auch in Berlin viele Leute, die allen Ernstes behaupten, Stimmes habe in Spaa nur deshalb so kräftig auf den Tisch geschlagen, weil er innerlich am liebsten gewollt hätte, daß Frankreich sofort im Ruhrgebiet einrückte. Stimmes vertrete ja das internationale Kapital. Ihm sei es gleichgültig, ob das Ruhrgebiet deutsch oder französisch werde. Ja wenn Frankreich seine Hand darauf legt, so stehe sich ein prächtiges Reich der Kohle zwischen Normandie, Lotbringen und der Ems schaffen, und darin ein Dr. Dornisches Rheinland als autonomes, blühendes Industrie- und Handelsgebiet. Solche hochverräterischen Pläne dichtet man einem Mann an, der in Spaa nichts anderes gewollt hat, als Deutschland in Ehren und am Leben zu erhalten. Mit keinem Wort hat Stimmes die Interessen des internationalen Kapitals oder auch nur seines Besitzes vertreten. Es war eine bewusste Beeinflussung der öffentlichen Meinung sowohl der Ententeländer als auch Deutschlands, wenn Lloyd George in seinem Schlußinterwiew sagte, Stimmes habe ihm den Eindruck eines Panatiers gemacht.

Bei der jetzt einbrechenden Aussprache über Spaa sollte man nach allem, was wir in Spaa erlebt haben, das Problem nicht auf einmal Gegenüber Stimmes-Huß oder Stimmes-Simons aufstellen. Es wäre dies nicht nur grundlos, sondern für die innerpolitische Lage geradezu lebensgefährlich. In Spaa ist tatsächlich infolge der französischen Pläne die Einheit des Deutschen Reiches in Frage gestellt worden und schließlich in letzter Stunde für drei Monate gerettet worden. Das sollte man jetzt nicht zum Anlaß nehmen, um die Männer, die ehrlieh für Deutschland gerungen haben, gegeneinander auszuspielen. Die Verhandlungen, die jetzt in Berlin beginnen, sind nicht weniger heikel und schwierig, als die Konferenz von Spaa.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 6 Seiten.

Deutsches Reich.

Das Wahlprüfungsgericht.

Die alte Reichsverfassung bestimmte: „Der Reichstag prüft die Legitimation seiner Mitglieder.“

Die neue Verfassung schreibt in Art. 31 vor: „Bei dem Reichstag wird ein Wahlprüfungsgericht gebildet. Es entscheidet auch über die Frage, ob ein Abgeordneter die Mitgliedschaft verloren hat.“

Das alte Wahlprüfungsverfahren hatte viele Mängel. Vor allem war es viel zu schwerfällig. Mehr als einmal ist es vorgekommen, daß Abgeordnete die ganze Wahlperiode hindurch dem Reichstag angehört haben, obwohl sie die Ungültigkeit ihres Mandats kaum ein Zweifel sein konnte.

Über die Wahlprüfungsarbeiten hat der Reichstag den Reichspräsidenten ersuchen lassen und der Reichspräsident hat sich selber als preussischen Ministerpräsidenten veranlaßt, diesem Ersuchen wirklich nachzukommen und die Gerichte dann die erforderlichen Zeugenvernehmungen durchzuführen und das Ergebnis dieser Vernehmungen auf dem Jahrsitzungsausschuß an den Reichstag zurückzulassen, vergangen Monate und, wenn der Reichstag dann, wie es gar nicht selten vorgekommen ist, neue Erhebungen für erforderlich hielt, Jahre, ohne daß eine endgültige Entscheidung über die Gültigkeit oder Ungültigkeit des angeforderten Mandats ergiebt wäre.

Im preussischen Abgeordnetenhaus, wo das alte Wahlprüfungsverfahren wie im Reichstage herrschte, ist es in den vier Jahren vorgekommen, daß der Bruder des damaligen Ministers v. Putschamer vor dem Reichstag zum letzten Male der Wahlperiode dem Reichstag angehört hat, obwohl die Verfassungskonventionen der beiden Häuser die Gültigkeit der Mandate nicht in Frage stellten.

Nach dem Durchbruch der neuen Verfassung vorgeschriebene Wahlprüfungsverfahren wird eine solche Verletzung der Verfassung über die Gültigkeit von Mandaten nicht möglich sein. Art. 31 der neuen Verfassung bestimmt:

Das Wahlprüfungsgericht besteht aus Mitgliedern des Reichstags, die dieser für die Wahlperiode wählt, und aus Mitgliedern des Reichsverwaltungsgerichts, die der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichspräsidenten bestell.

Das Wahlprüfungsgericht erkennt auf Grund öffentlicher mündlicher Verhandlung durch drei Mitglieder des Reichstags und zwei richterliche Mitglieder. Außerhalb der Verhandlungen vor dem Wahlprüfungsgericht wird das Verfahren von einem Reichsbeauftragten geführt, den der Reichspräsident ernannt. Im übrigen wird das Verfahren von dem Wahlprüfungsgericht geregelt.

In den Übergangsbestimmungen der Reichsverfassung heißt es in Art. 166: „Bis zur Errichtung des Reichsverwaltungsgerichts tritt an seine Stelle für die Bildung des Wahlprüfungsgerichts das Reichsgericht.“

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei hat als ihre Vertreter in den betreffenden Senat des Reichsgerichts den Abg. Wooda auf vorgeschlagen. Nach der „Deutschen Illustrierten“ hat der Reichspräsident zum Reichsbeauftragten, der außerhalb der Verhandlungen vor dem Wahlprüfungsgericht beim Reichstag das Wahlprüfungsverfahren zu führen hat, den Ministerialrat im Reichsministerium des Innern Geheimen Oberregierungsrat Kreibitz v. Welter und als seinen Stellvertreter den Referenten im Reichsministerium des Innern Bezirksamtmann Dr. Kaiffert bestimmt.

Die bayerischen Beamten im Reichsdienst. Die bayerischen Verwaltungsverordnungen haben am 21. Juli den Rücktritt der bayerischen Beamten aus dem Reichsdienst beschlossen, falls ihnen nicht bis zum 28. Juli die bisherigen Anträge beim Reichsdienst gestellt sind.

Unabhängige und Kommunisten. Wie unter Mäandener Fr.-Korrespondent meldet, kündigte den bevorstehenden Zusammenstoß der deutschen U. S. R. mit den russischen Revolutionären in einer im Münchener Kind-Keller abgehaltenen Versammlung der früheren Polizeipräsidenten von Berlin, Eichhorn, an. Die U. S. R. wie auch die K. P. D. haben zu diesem Zweck Vertreter zu dem 2. Kongress der 3. Internationale nach Moskau entsandt.

50 Millionen zur Forderung der Wohnungsnot in Sachsen. Die sächsische Regierung verlangt, wie unter Dresden-Korrespondent berichtet, von der Volksgemeinde 50 Mill. Mark zur Forderung der Wohnungsnot. Der Betrag soll später durch eine schulpflichtige Mietsteuer aufgebracht werden.

Kaiserin Eugenie.

Von Arnold Köllner.

Glück und Leid, höchster Glanz und jäher Sturz, strahlender Sonnenschein und düstere Tragik, in einem Ausmaß, wie es kaum einem anderen Sterblichen je beschieden gewesen ist, haben das Leben dieser vierundneunzigjährigen erfüllt, die nunmehr auf dem Boden Spaniens, ihres Heimatlandes, endlich die Ruhe gefunden hat, die ihr in ihrem beinahe mythisch langen Dasein nicht beschieden gewesen ist. Nur wenigen Frauen in der Geschichte der Menschheit, die an ragender Stelle gestanden haben, ward so Schweres auferlegt wie dieser Kaiserin; keine andere aber war verurteilt, ihr Kreuz fast ein Jahrhundert hindurch über die Erde zu schleppen. Der Tod schien diese Frau zu fliehen; Generationen wurden geboren und vergingen wieder, mächtige Reiche blühten auf und sanken in Trümmer; Eugenie Maria von Montijo, ehemalige Kaiserin der Franzosen, sah all das Schöne und Große, das Häßliche und das Furchtbare, das die Welt in einem Jahrhundert mit elementarer Gewalt überkommen hatte und sie bis in ihre Grundfesten erschütterte. Eine summe Jüngin, erlebte ihre Erinnerung schier Unendliches auf an Erlebnissen, und noch vor wenigen Wochen, da sich über ihre einst so berüchtigten schönen Augen die Schleier des Alters gesenkt hatten, gab ihr in Madrid ärztliche Kunst durch eine Staroperation die geriebene Sechstraft zurück.

Einer märchenhaft fern liegt die Zeit, da in dem sonnendurchglänzten Granada am 5. Mai 1826 die zweite Tochter des Grafen Manuel Fernandez von Montijo, Herzogs von Bernuda und der Maria Manuela Fitzpatric von Cloeburn das Licht der Welt erblickte. Ihre erste Jugend verlebte Eugenie von Montijo in den lachenden Gefilden Andalusiens. Aber selten war ihr ganzes Leben war schon ihre Kindheit. War Eugenie in Wahrheit die Tochter jenes Grafen Montijos, war sie überhaupt die richtige Tochter der Donna Maria Manuela aus alter schottisch-irishischer Familie, die nach dem Sturz der Stuarts aus ihrer Heimat flüchten mußte? Niemand vermag es ihr mit Gewißheit zu sagen; denn kein Zeuge aus jener ferneren Zeit lebt, und alle Dokumente über den Ursprung Eugeniens von Montijo hat die dienstwillige Polizei des zweiten Kaiserreichs geschickt und gewissenlos zu beseitigen verstanden. Aber es war noch genug übrig geblieben, um den Gerüchten über das wilde Jugendleben der Gräfin Montijo und ihrer beiden Töchter erwünschte Nahrung zu geben. Jedenfalls war die Ehe von Eugeniens Eltern sehr unglücklich, zerbrach durch die Kofeteria und Verschwendungssucht ihrer Mutter. Das Ehepaar trennte sich; der Vater starb bald darauf, und die Mutter begann mit den beiden Töchtern ein abenteuerliches Reiseleben. Über seine Geheimnisse erzählt die Welt nach Napoleons Sturz so manches, was dem Verdichtungsseifer der bonapartistischen Behörden entgangen war. Henri Rochefort, der erbitterteste Feind der Kaiserin, gab einen Auszug aus dem Geheimregister der Pariser Polizei der Öffentlichkeit preis, der lautet:

Mrs. St. Antoine Nr. 10, dritte Etage; seit 1. April 1848 bewohnt von Frau Montijo, genannt Gräfin Teba, mit ihrer Tochter Eugenie. Frau Montijo, Witwe eines spanischen Refugiés, Herrn von Montijo, Grafen von Teba. Der Grafentitel nicht anerkannt. Frau Montijo, von ihrem Mann getrennt, kam mit ihrer Tochter nach Frankreich, ging dann nach England — wieder nach Frankreich — wieder nach Spanien, dann nach Paris, Chaussee d'Antin Nr. 8. Hielt keine Zirkel von galanten Frauen und älteren Kones; die Polizei wurde benachrichtigt. — Wieder nach England wegen Schulden. — Ihre Tochter in der Pension zurückgelassen. — Nach Paris zurückgekehrt; wurde sechs Wochen beobachtet. Drei Jahre ohne Anzeige. — Selbstmordversuch des Kaiserreichs Henri in ihrer Wohnung. Verdacht verbotenen Spiels. Ihre Tochter Eugenie Veranlassung zu Streitigkeiten zwischen Oberst Surville und Capitaine Flanjon; Polizeikommissar Roc berichtet: Frau von Montijo hat kein nachweisliches Einkommen, verkehrt mit älteren, verführten Kavalieren mit gutem Vermögen und lödernen Sitten; 1800 Francs Miete; Tochter

Unstimmigkeiten zwischen Reich und Preußen?

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Prof. Dr. Schüding hat im Reichstag folgende kleine Anfrage gestellt:

„Die den Reichsbeamten gewährten Belohnungsbeihilfen sind den Staatsbeamten und Lehrern der besetzten preussischen Gebietsstelle noch immer nicht ausbezahlt und diese Beamten müssen, scheinbar wegen Unstimmigkeiten zwischen dem Reich und Preußen betreffend die Zahlungsverpflichtung, trotz ihrer Nothlage bis heute den fraglichen Zuschuß entbehren. Ist der Reichsregierung diese Tatsache bekannt und was gedenkt sie dagegen zu tun?“

Geheimorganisation der Einkeimlinge.

Der „Lübecker General-Anz.“ bringt Einzelheiten über die Hamburger Geheimorganisation der Einkeimlinge für einen bewaffneten Aufstand. Genosse Otto, ein Kämpfer aus dem Ruhrgebiet, hat seit einigen Wochen die Leitung der Kampfororganisation, die in jedem Distrikt eine Kompanie von 90 verlässigen Parteimitgliedern besitzt, zu denen 150 Draufgänger nicht ganz einmündiger Art kommen sollen. Besonders Augenmerk wird auf die Weibung des Hamburger Hafens mit seinen Lebensmittelvorräten gerichtet. Die ganze Organisation der Hamburger kommunistischen Arbeiterpartei ist von den Unabhängigen übernommen worden. In Versammlungen und Plakaten wird aufgeföhrt, die Waffen nicht abzuliefern, auch nicht die während der Kappzage an die Unabhängigen abgegebenen Waffen.

Das „Berl. Tagebl.“ bemerkt dazu, daß die Unabhängigen hier einer von ihnen empfohlenen Abmachung in Spaa entgegen handeln und der Entente Anlaß zum Einschreiten gegen Deutschland gebe.

Hilfen für Ostpreußen.

Mehr als 1500 deutsche Männer, die in den letzten Wochen aus dem Soldauer Gebiet flüchteten und dort das und Gut, sowie ihre Angehörigen verlassen mußten, um der rechtswidrigen Einziehung zum polnischen Wehrdienst zu entgehen, haben den Oberpräsidenten von Königsberg dringend gebeten, alles daran zu setzen, um einen Teil der ehemaligen Kreise Neidenburg, Soldau und Umgebung zu retten. In dem Gesuch heißt es: „In dem Kreise Neidenburg stimmten 98,5 Prozent für Deutschland. Das Soldauer Land ist noch heute zur deutsch und wird es bleiben. Wir werden uns nie dem polnischen Joch beugen. Gest und rettet uns aus unserer großen Not!“

Badische Politik.

Der Haushaltsauschuß des Badischen Landtags

beschloß in seiner Sitzung vom Montag nachmittags einstimmig, sofort in die Beratung des 1. Nachtrags zum Staatsvoranschlag für das Jahr 1920 einzutreten.

Max Weber-Feier in der Universität Heidelberg.

Aus Heidelberg wird uns geschrieben: Die Heidelberger Studentenschaft wählte gestern vormittag in der Aula der Universität dem Gedächtnis Professor Max Webers eine würdige Feier. Nach Worten des Vertreters der Studentenschaft, v. Schöla, zednete der Professor der Philosophie Dr. Jasper in einem Bild von wundervoller Arbeit und Wahrheit den Gelehrten, den Politiker und den Menschen Max Weber. Zuletzt sprach Professor Alfred Weber als Bruder des Entschlafenen, der ein Lehrer der Nation gewesen sei, und dessen heiligste Weisen ihr unsterklicher mache. Mit dieser Feier hat sich der Heidelberger Allgemeine Studentenrat als ihr Veranstalter selbst geehrt; er hat damit zugleich der Süddeutschen Zeitung die rechte Antwort gegeben, die sich nicht gescheut hat, noch das Andenken an den toten Max Weber zu verunglimpfen und die Verunglimpfung aufrechtzuerhalten, als sie dafür im Landtag von einem demokratischen Abgeordneten zur Ordnung gerufen wurde.

Auszeichnungen.

Anlaß der Feier des achtundertjährigen Bestehens der Stadt Freiburg i. Br. verliehen die einzelnen Fakultäten der dortigen Universität an eine Anzahl im öffentlichen Leben besonders hervorretender Persönlichkeiten die Würde eines Ehrenbürgers, so u. a. die rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät an den Landtagspräsidenten Kopp und Staatsrat B. C. u. a. Der letztere war früher Zimmergehilfe. Schon in jungen Jahren beidigte er sich in der gewerkschaftlichen Organisation. Durch eifriges Selbststudium suchte er namentlich seine volkswirtschaftliche Kenntnisse zu vermehren. Als vor etwa

Die 800jährige Jubelfeier der Stadt Freiburg i. Br.

Der Sonntag, der Hauptfesttag, fand Freiburg im reichen Flaggenschmuck. In die frühen Morgenstunden hinein klangen von der Kuppel des Städtischen Theaters die feierlichen Weisen des Choralis „Lobe den Herrn.“ Nicht gefüllt waren die Gotteshäuser, namentlich das Münster. In diesem gelangte eine neue Messe des Domkapellmeisters und Dompräbendars Carl Schweizer zur Aufführung. Dieses Chorwerk, gewidmet zum 800jäh. Stadtjubiläum, dürfte eine wertvolle Bereicherung der kirchlichen Musikliteratur darstellen.

Um 11 1/2 Uhr versammelte sich die Bürgerschaft in der Städtischen Festhalle. Der große Raum war mit Zehntausenden und den Wappen der oberbadischen Städte reich geschmückt. Der Jubelgesang wurde von Wagner geleitet den Festakt ein. Oberbürgermeister Dr. Thoma begrüßte die Erschienenen, darunter in erster Linie den Reichsanwalt Frensdank und den Reichsfinanzminister Wirth, die beide, Ehmde der Stadt Freiburg, den weiten Weg von Spaa nicht gescheut hatten, um den heutigen Tag zusammen mit ihren Mitbürgern verbringen zu können. Staatspräsident Geiß war mit den badischen Ministern und Staatsräthen erschienen. Unter den Anwesenden bemerkte man ferner den Reichsminister Dr. Kuno — Größelhof Dr. Nörber war durch Erkrankung am Erscheinen verhindert — den Präsidenten des Badischen Landtages Kopp und den 1. Vizepräsidenten Hrg, die Vertreter der Städte und Gemeindeführer, darunter den Oberbürgermeister Max Webersberger und Oberbürgermeister Pfeiffer-Buchsch. Herzlich willkommen hieß er auch die Ehrenbürger der Stadt. General der Artillerie S. D. von Gallwitz und General Dr. W. u. a. m. e. r. Warme Worte der Begrüßung fand der Oberbürgermeister auch für den Regierungspräsidenten des Kantons Basel-Stadt, Dr. Sauer. Er gedachte dabei der Jahrhunderte alten Beziehungen, die zwischen den beiden Nachbarstädten Basel und Freiburg noch jetzt bestehen, und benutzte diese Gelegenheit, um der Stadt Basel nochmals zu danken für die Hilfe, die sie durch Ueberlassung von Lebensmitteln in schwerer Zeit geleistet hat.

In den vergangenen 800 Jahren, so sagte der Redner, hat Freiburg wiederholt die schweren Kriegszeit durchgemacht müssen. Aber immer wieder habe es sich aufzurichten können. Aus den Geschehnissen der vergangenen Jahre, aus den Erfahrungen des letzten großen Krieges müßten wir die Lehren für die Zukunft ziehen und aus ihnen neue Kraft schöpfen. Schon früher war die Stadt Freiburg Grenzstadt, jetzt ist sie wiederum das südwestliche Bollwerk des Deutschen Reiches geworden. Und wenn auch das deutsche Vaterland noch niemals so tief erniedrigt und gebemütigt worden ist, wie gerade in den letzten Jahren, so wird es doch gelingen, bald wieder mit Gottes Hilfe nach oben zu gelangen. „Das soll unter heutiges Festtagswort, das soll der Glückwunsch der Freiburger Bürgerschaft an ihre geliebte Vaterstadt sein, auf daß sie auch in Zukunft wachsen, blühen und gedeihen möge.“ Diese Schlußworte wendeten in der Festversammlung lebhaften Beifall.

Einen geschichtlichen Rückblick auf die verflochtenen 800 Jahre warf Professor Dr. Albert in seinem Festvortrag. Er schilderte die Zeiten, in denen vor 800 Jahren die Gründung der Stadt durch Herzog Konrad erfolgte. Er führte die Jubler zurück in die ersten Anfänge der Stadt, zeigte ihnen das Aufstehen der neuen Gemeinde als wichtigen Handlungspunkt, verlies auf die schweren Kämpfe zwischen den Zünften und der altneulandischen Kaufmannschaft, die mit einem Siege der letzteren endeten. Mit dem Uebergang der Stadt Freiburg auf die Badburger begann eine schwere Zeit. Wiederholt war Freiburg von feindlichen Kriegervölkern bedrängt. Es mußte seine Treue zum Hausburgern Haus mit großen Leiden und Opfern bezahlen, bis es schließlich wieder an das angestammte Herzogshaus gelangte. Der Redner ging schließlich noch auf die Jahre ein, in denen der verstorbene Oberbürgermeister Dr. Winterer die Stadt zu neuen Aufschwüngen führte. Durch seine Univerität, durch seine

Die 800jährige Jubelfeier der Stadt Freiburg i. Br.

verbodlichen Einrichtungen, durch seine herrliche Umgebung nehme Freiburg auch jetzt noch eine achtenswerte Stellung unter den deutschen Städten ein.

Staatspräsident Geiß überbrachte die Glückwünsche des badischen Volkes und seiner Regierung. Wie früher die badische Regierung stets Interesse gezeigt habe für die Bedürfnisse der Stadt Freiburg, so werde auch die jetzige Regierung es nicht an gutem Willen fehlen lassen und mit Verständnis allen Wünschen entgegenkommen. In der engeren badischen Heimat, ja unter allen deutschen Städten nehme Freiburg eine erste Stelle ein. Freiburg sei von vornherein berufen gewesen, die Herrin des südlichen Schwarzwaldes zu werden. Das habe auch die badische Regierung erkannt. Sie werde das Jahr nun, damit mit dem deutschen Vaterlande auch Freiburg die schweren Zeiten überwinde.

Oberbürgermeister Dr. Thoma sprach namens des Städtebundes. Der verstorbene Oberbürgermeister Dr. Winterer, dem Freiburg so unendlich viel verdanke, sei es gewesen, der zuerst den Gedanken ausgesprochen, daß die Städte zusammenhalten müßten. Aus von Freiburg aus sei der Gedanke geangegangen, einen Bund der Städte zu schließen. Freiburgs Aufschwung sei ohne Reid von den anderen badischen Städten begünstigt worden. Serumgeborenen und herumgeschüttelt sei die schöne Stadt Freiburg zur Genüge, aber immer wieder habe sie den Weg zum Aufstieg gefunden. Und das werde auch in der Zukunft der Fall sein, wo es geht, die Wunden des Krieges zu heilen.

Musikalische Darbietungen umrahmten in würdevoller Weise die Feier. Der Freiburger Männerchorverein brachte das Lied „Lied ist der Tag des Herrn“ zum Vortrag, und das städtische Orchester tat das Seine, um der Feier einen wirkungsvollen Abschluß zu geben.

Oberbürgermeister Dr. Thoma verlas ein Telegramm des Reichspräsidenten Ebert, der durch dienstliche Geschäfte am Kommen leider verhindert sei. In seinem telegraphischen Glückwunsch sprach der Reichspräsident den Wunsch aus, daß Freiburg auch weiterhin eine glückliche deutsche Stadt und ein Hort deutscher Schicksale bleiben möge. Lebhaften Beifall erweckte auch unter den Versammelten die Mitteilung, daß das ehemalige Großherzogspaar der Stadt gedacht habe. — Mit dem Vortrag der Overture zu „Carmen“ fand die Feier ihren Abschluß.

Im Stadtheater versammelte die Gemeinde nochmals ihre Gäste zu einer Festvorführung. „Die Meisterfinger von Nürnberg“ wurden von hiesigen und auswärtigen Künstlern wirkungsvoll zur Darstellung gebracht. Die musikalische Leitung lag in den Händen des Prof. Otto Lohse-Seitzig, die Spielleitung hatte der bewährte Regisseur Gustav Starke. Unter den auswärtigen Gästen seien genannt der Kammerjäger Rudolf Ritter aus Stuttgart, Ernst Schömann vom Charlottenburger Opernhaus und der Kammerjäger Fritz Feind als und Alfred Berger vom Nationaltheater in München. Unter den weiblichen Gästen soll nicht vergessen werden Beria Kirina von der Staatsoper in Wien, die die Rolle der Eva sang. Der Festvortrag wurde auch der Reichstagsfeier bei. Das wohlbeleagte Haus fargie nicht mit Beifall.

Damit hatte der Hauptfesttag sein Ende erreicht. Wir wollen noch erwähnen, daß die Stadt in dankbarer Anerkennung des Jahresbeitrages, hervortragenden Wirtens ihres Oberbürgermeisters dem Schulhaus in der Oberwiehre den Namen „Emil Thoma-Schule“ angeden hat. Am Grabe des verstorbenen Oberbürgermeisters Dr. Winterer wurde ein prächtiger Kranz niedergelegt.

Tagung des Bad. Gendarmerevereins

5. Baden-Baden, 19. Juli. Am Samstag mittags um 1 Uhr begannen in der Aula der Oberrealschule die Beratungen des diesjährigen Jahreskongresses des Badischen Gendarmerevereins. Das Festloz „zu dem sich mehr als 400 Teilnehmer aus allen Gegenden des Landes eingefunden hatten. Für die Regierung war Amtmann Reuwein-Karlsruhe, außerdem waren anwesend Geh. D. Reg.-Rat Freiherr von Red, die Landtagsabgeordneten Koeldlin, Ged, der Kommandeur des badischen Gendarmerekorps Oberst Seneca und verständigter Polizeikommissar Graf Heibelberg, Vorsitzender des Verbandes der Polizeibeamten Badens, sowie als Vertreter des Badischen Beamtenbundes die Herren Baner und Schäfer aus Karlsruhe. Der Vorsitzende des Gendarmerevereins, Stadtmeister Ludwig Heitersheim, begrüßte in herzlichsten Worten die Vereinsmitglieder und die Gäste, von denen im Verlaufe der Verhandlungen verschiedene den Dank für die freundliche Einladung auszusprechen und den Verhandlungen einen erfolgreichen Verlauf wünschten.

Als erster Punkt der Tagesordnung stand die Besoldungsordnung zur Beratung. Die

Eugenie hochblonde Schönheit mit feinen Manieren; hat viele Anbeter.“

Frühzeitig erregte Eugenie, wo sie sich zeigte, durch ihre Schönheit, ihre elegante Erscheinung und ihr anmutvolles Wesen Aufsehen. Es war nur zu natürlich, daß die Mutter mit berechtigtem Stolz hoffte, die Tochter sei geschaffen, dereinst eine bevorzugte Stellung einzunehmen, wenngleich sie damals nicht ahnen konnte, daß es ihr vorbehalten war, die Herrscherin eines der mächtigsten Reiche Europas zu werden. Zum ersten Male sah Napoleon Bonaparte seine spätere Gattin in einem spanischen Badeort; im Winter 1847/48 wurde in London die Bekanntmachung erneuert. Hierher war Napoleon unter dem Namen Badinguet aus der Zitabelle Ham in Departement Somme entflohen. Und als er 1848 Präsident der Republik geworden war, veranlaßte die Gräfin Teba Montijo und ihre beiden Töchter London mit Paris, in der Hoffnung, an dem glanzvollen Hof des ehrgeizigen Präsidenten eine Rolle zu spielen. Der Erfolg übertraf alle Erwartungen. Im Winter 1851 erschien Eugenie mit ihrer Mutter bei den Festen des Prinz-Präsidenten im Elisee und erregte die allgemeine Bewunderung durch ihre unbeschreibliche Anmut. Am 2. Dezember 1852 zog Napoleon als Kaiser der Franzosen in die Tuileries ein. Das Volk mußte eine Kaiserin, Napoleon einen Erben haben; aber seine Bewerbungen um ein Mitglied einer europäischen Fürstenfamilie blieben erfolglos. Der Kaiser hatte, was aus einem an seinen Vetter Jerome gerichteten Brief hervorgeht, anfangs nicht daran gedacht, das schöne Fräulein von Montijo auf den Thron zu erheben, so sehr er für Eugenie einnahm war. Aber Frauen gegenüber war Napoleon III. weich und widerstandlos, und als er dringend und stürmisch um Eugeniens Günst warb, antwortete sie ihm schlagfertig: „Der Weg zu meinem Herzen, Sire, führt über den Altar.“

Am 22. Januar 1853 verkündete Napoleon dem Staatsrat, dem Senat und dem gesetzgebenden Körper seine Verlobung mit der Gräfin Eugenie von Montijo-Teba. Napoleon folgte seines Herzens

Neigung, und Eugenie sah ihre ehrgeizigen Träume verwirklicht; sie befand sich in einem wahren Glücksausschlag. Die Großen des Reiches, die Träger vornehmer Namen und Würden brachten ihr Huldringen dar. Am 29. Januar wurde die bürgerliche Trauung in den Tuileries vollzogen; am folgenden Tage segnete und weihte der Erzbischof von Paris in der Kirche Notre Dame unter Entfaltung eines Glanzes, wie man ihn seit den Zeiten des großen Napoleon nicht mehr gesehen hatte. Mehr als hiebzehn Jahre hindurch lenkte Eugenie die Geschicke Europas. In ganz Frankreich fand sie schnell Anhänger; sie war eine Herrscherin nach dem Geiste besonders der Pariser, deren nationalen Eigenschaften sie durch luxuriöse Lebensführung schmückte, und auch ihre Schönheit trug viel zu ihrer Beliebtheit bei. Siebzehn Jahre lang war ihr Hof der Mittelpunkt der Welt.

Bis zu jenem 4. September, an dem die Gemahlin des bei Sedan gefangenen Kaisers, von ihrem englischen Zahnarzt Dr. Evans unter Lebensgefahr inspeisheim aus den Tuileries geleitet, die Flucht ergriffen wurde, verfolgt von den Flüssen des Volkes, das sie kurz zuvor noch angebetet hatte. Vier Tage später betrat sie, eine landflüchtige Kaiserin, die wiederholt als Negentin in Napoleons Abwesenheit auch offiziell Frankreichs Geschicke gelenkt hatte, englischen Boden. 1873 verlor sie den Galien, 1879 den einzigen, heißgeliebten Sohn, dessen Grab im Zustande sie ein Jahr darauf besuchte, um „Prinz Lulus“ sterbliche Überreste nach England zu überführen, wo sie auf ihrem Landhüß Farnborough bei London ihren Toten ein Mausoleum erbaut, das sie von den Feindern ihrer Gemächer aus erblicken konnte. Mit dem Tode des Sohnes war der letzte Hoffnungsanker der entthronten Fürstin verankert. Nun irrte die langsam Altende einjam durch die Welt. In England, in ihrer Villa Glynos am Kap St. Martin, in Biarritz — von einem Lande zum andern trieb sie ihre Unrast; auf ihrer Nacht „Thistle“ durchkreuzte sie die warmen Meere an südlichen Gestirnen. Wie ein weibliches Gegenstück zum ewigen Jnd-n geisterte diese Frau ruhelos durch die Lande, und ihrer un-

Aus Baden.

Kreisaustrich Karlsruhe.

In der letzten Sitzung des Kreisaustrichs...

Das Ministerium des Innern hat einen Gele...

An die Zentrale des Verbandes badischer...

Auf 1. Juli 1920 ist die Fürstlichbischöfliche...

Der Gemeinde Delsbrunn, die zurzeit...

Auf Anregung der Landwirtschaftskammer...

Angewiesen wurden Beihilfen an bedürftige...

Schneidermeister-Verbandsstag.

Karlsruhe, 19. Juli. Der Landesverba...

Karlsruhe, 19. Juli. Der diesjährigen un...

II. Pforzheim, 19. Juli. Die Landesgrenze...

Der Vorsitzende Ludwig dankte dem Abg...

Der Vorsitzende Ludwig dankte dem Abg...

schließen, schier unversiegbare Lebenskraft...

digen Ministerialabteilung mit 50 Prozent...

Wiesloch, 19. Juli. Auf der Station Rot...

Heidelberg, 19. Juli. In der Nähe des...

Offenburg, 19. Juli. Die Bezirksvertreter...

Mehrfach, 19. Juli. In Langenbrunn...

Karlsruhe, 19. Juli. Der diesjährigen un...

II. Pforzheim, 19. Juli. Die Landesgrenze...

Der Vorsitzende Ludwig dankte dem Abg...

Der Vorsitzende Ludwig dankte dem Abg...

schließen, schier unversiegbare Lebenskraft...

schäfte sind geöffnet. Die elektrische Stra...

Brand im Saarlöcher Wald. (Eigener Drahtbericht.)

Ludwigsbafen, 19. Juli. (Wolff.) Durch die...

Südlawische Willkür. (Eigener Drahtbericht.)

Prag, 19. Juli. Nach einer der Landesre...

China. (Eigener Drahtbericht.)

Peking, 19. Juli. (Neuer.) Die vorerwäh...

Paris, 19. Juli. (Eig. Drahtber.) Nach einer...

Berlin, 19. Juli. (Eig. Drahtber.) Prinz...

Dannover, 19. Juli. (Eig. Drahtber.) Als T...

Heidenberg, 19. Juli. (Wolff.) In der...

Theater und Musik.

Abchiedsabend Norden. Nachdem Otto Hans...

Kunst und Wissenschaft.

Das deutsche Buch auf der Frankfurter Messe...

sichtigung; es ist beabsichtigt, den technis...

Kleines Feuilleton.

Ein Land, wo man die Schafe ruft und wo die...

Ein Land, wo man die Schafe ruft und wo die...

Ein Land, wo man die Schafe ruft und wo die...

Ein Land, wo man die Schafe ruft und wo die...

Ein Land, wo man die Schafe ruft und wo die...

Ein Land, wo man die Schafe ruft und wo die...

Ein Land, wo man die Schafe ruft und wo die...

Ein Land, wo man die Schafe ruft und wo die...

Ein Land, wo man die Schafe ruft und wo die...

Ein Land, wo man die Schafe ruft und wo die...

Ein Land, wo man die Schafe ruft und wo die...

dauernden Bohnität in München nehmen. In...



Aus dem Stadtkreise.

Milch, das große Bedürfnis. Wir erhalten folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung: Der berühmte Hallenser Pathologe Prof. Dr. Abderhalden, der in Halle...

Erhebung der Hebammengebühren. Das bad. Verordnungsblatt enthält eine Verordnung des Ministeriums des Innern, wonach die Gebühren der Hebammen mit sofortiger Wirkung um 100 Prozent erhöht werden.

Verhaftung. In der Nacht zum Samstag, 10. d. M., wurde aus einer Kläranlage in Ruppurr ein Motor im Werte von 16000 Mk. von unbekanntem Unbekanntem Täter über die Mittagszeit aus einem...

Standesamt-Auszüge. Standesamt. 17. Juli: Carl Dedelmann von hier, Maria, hier, mit Anna Schwellert mit Sophie Frieder von Drensfeld, Kaufm. hier,...

Verlobungen. Die Maxim hat in der Herrenstraße, in der die bestbekannte Weinhandlung Franz Fischer & Co. ihre...

Wirtschafts- und Handelszeitung.

Börsen- und Finanzmeldungen.

Berliner Börse. w. Berlin, 19. Juli. Da das in Spaa getroffene Kohlenabkommen die Aufmerksamkeit der Welt erneut auf die Wichtigkeit der Kohlenversorgung...

Berliner Kursnotierungen. Table with columns for date (19. Juli, 17. Juli) and various stock prices including Schantungbahn, Lombard, etc.

Frankfurter Börse. w. Frankfurt a. M., 19. Juli. Die Börse verkehrte heute in überwiegend fester Haltung, angeregt durch die Kaufkraft im Auftrage des Privatpublikums.

Frankfurter Kursnotierungen. Table with columns for date (19. Juli, 17. Juli) and various stock prices including Badische Bank, Darmstädter Bank, etc.

Vom Devisenmarkt. w. Frankfurt, 19. Juli. Table with columns for date (19. Juli, 17. Juli) and exchange rates for various locations like Antwerpen, Brüssel, etc.

Table with columns for date (19. Juli, 17. Juli) and various exchange rates for locations like Rotterdam-Amsterdam, Basel, etc.

Table with columns for date (19. Juli, 17. Juli) and various exchange rates for international locations like Deutschland, Wien, Prag, etc.

Banken. Braunschweigische Staatsbank. Das nunmehr 150 Jahre bestehende Institut (früher Braunschweigische Leihhausanstalt), das bekanntlich Ende 1919 zur Braunschweigischen Staatsbank umgewandelt wurde...

Die deutsche Wirtschaftslage. Auch die Kleinfabrikindustrie hat in ihrer Geschäftslage eine Verflechtung erfahren; der höhere Marktfuß hat die Ausfuhr erwidert...

Die Lage des Arbeitsmarktes. Die unvollständige Lage auf dem badischen Arbeitsmarkte ist nunmehr auch in der zunehmenden Zahl der Erwerbslosen zum Ausdruck gekommen.

Die Lage des Arbeitsmarktes. Die unvollständige Lage auf dem badischen Arbeitsmarkte ist nunmehr auch in der zunehmenden Zahl der Erwerbslosen zum Ausdruck gekommen.

Die Lage des Arbeitsmarktes. Die unvollständige Lage auf dem badischen Arbeitsmarkte ist nunmehr auch in der zunehmenden Zahl der Erwerbslosen zum Ausdruck gekommen.

Der Abbau der Zwangswirtschaft bei Schlachtvieh und Fleisch.

Im Hinblick auf mehrfache Anfragen wird darauf aufmerksam gemacht, daß durch die mit dem Erlaß vom 12. Juli 1920 getroffene Maßnahme auch die feinerzeit zwecks Sicherung der Schlachtviehproduktion anzuordnenden Beschränkungen des Verkehrs mit Rind-, Kuh- und Einheitsvieh in Wegfall kommen.

Der Verband und die ionische Verbrüderung von Rindvieh, Schweinen, Schafen, Rienen, Wild, zahmen Kaninchen, Geflügel, von Fleisch von diesen Tieren und von Fleischwaren, sowie von Schlachtvieh, Pferdefleisch und von Rind- und Zuchtvieh...

Mannheimer Schlachtviehmarkt.

Mannheim, 19. Juli. Die Stadtverwaltung hat von der badischen Kommunalverbänden erteilten Ermächtigung, die öffentliche Bewirtschaftung von Vieh und Fleisch aufzugeben, sofort Gebrauch gemacht.

Herr Dr. Fries, der Direktor des Schlacht- und Viehhofes hielt die Eröffnungsrede, in der er unter Hinweis auf die Zwangswirtschaft...

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die unvollständige Lage auf dem badischen Arbeitsmarkte ist nunmehr auch in der zunehmenden Zahl der Erwerbslosen zum Ausdruck gekommen.

Für die einzelnen Berufsgruppen erweist sich folgendes: Die Nachfrage nach Arbeitkräften für die Landwirtschaft hat etwas nachgelassen.

Erwerbslosenunterstützungen wurden im Bereiche der Landeswerke für Arbeitsvermittlung für Baden in der Woche vom 9. bis 15. Juli ausbezahlt an: 4189 Erwerbslose mit 217 702,04 Mk.

